

1 **Antrag Ini10/II/2018**

2

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Upload-Filter stoppen!**

7 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-  
8 rung werden aufgefordert, eine europaweite Regelung  
9 des Urheberrechts zu unterstützen, da die Verbreitung  
10 von Inhalten auf Plattformen im Internet keine nationa-  
11 len Grenzen kennt. Ziel muss dabei ein fairer Ausgleich  
12 zwischen den Kreativen, Nutzer\*innen sowie Online-  
13 Plattformen sein.

14 Wir lehnen Maßnahmen zu Verhinderung und Verfol-  
15 gung von Urheberrechtsverletzungen ab, die zu Folge  
16 hätten, dass Inhalte vorab überprüft und damit nicht  
17 oder nur zeitverzögert veröffentlicht werden. Die Ver-  
18 pflichtung zur Einrichtung von Inhaltsfiltern darf nicht  
19 Teil von europäischen Regeln sein.

20

21

22 **Begründung**

23 Die Europäische Union hat zum Vorteil seiner Mitglieds-  
24 staaten einen gemeinsamen Binnenmarkt geschaffen.  
25 Dazu gehören auch Regelungen, die die Urheberrechte  
26 bei einer digitalen und länderübergreifenden Nutzung  
27 von geschützten Inhalten berücksichtigen („digitaler  
28 Binnenmarkt“). Da die bisher geltenden Regelungen  
29 überaltert sind (Stand: 2001), hat das EU-Parlament am  
30 12.09.2018 eine neue Richtlinie („Urheberrechtsrichtli-  
31 nie“) verabschiedet.

32 Nun beginnen die Verhandlungen zur Urheberrechts-  
33 richtlinie zwischen Europäischem Rat, Europäischem  
34 Parlament und Europäischer Kommission im sogenann-  
35 ten Trilog.

36 Für die SPD ist klar, dass die Urheber das Recht haben,  
37 ihre Inhalte zu schützen und eine faire Vergütung zu  
38 erhalten. Verletzungen dieser Rechte müssen geahndet  
39 werden.

40 Zugleich darf dies nicht soweit gehen, dass die Freiheit  
41 aller Nutzer\*innen von vornherein eingeschränkt wird.

42 Im Koalitionsvertrag haben SPD und Union daher fest-  
43 gehalten: „Eine Verpflichtung von Plattformen zum Ein-  
44 satz von Upload-Filtern, um von Nutzern hochgelade-  
45 ne Inhalte nach urheberrechtsverletzenden Inhalten zu  
46 „filtern“, lehnen wir als unverhältnismäßig ab.“

47 Die Verhandlungsposition der Bundesregierung muss  
48 diese Vereinbarung widerspiegeln, damit keine Richtli-  
49 nie verabschiedet wird, die Upload-Filter enthält.

zurückgezogen